

Vorlageart: Berichtsvorlage
Federführung: Finanzen
Verantwortung: Frau Franke, Herr Tsalastras, Herr Schranz

Quartalsbericht zum Ergebnisplancontrolling mit Stand 31.03.2025

Beratungsfolge

19.05.2025	Haupt- und Finanzausschuss	Kenntnisnahme
26.05.2025	Rat der Stadt	Kenntnisnahme

Bezug

B/17/6670

Sachverhalt

- 1 Der Rat der Stadt erhält im Rahmen der Berichterstattung zum Stand 31.03.2025 den
- 2 beigefügten Quartalsbericht zum Ergebnisplan zur Kenntnisnahme. Dieser basiert auf den
- 3 aktuellen Budgetprognosen der Fachverwaltung und beinhaltet Planabweichungen ab 100
- 4 TEUR.

Anlage/n

1 - Quartalsbericht zum 31.03.2025

2 - Haushaltssicherungskonzept 2025 Einzelmassnahmen Stand 31.03.2025



Quartalsbericht

Ergebnisplancontrolling

Stand: 31.03.2025

Inhaltsverzeichnis

<i>I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche</i>	<i>2</i>
<i>II. Allgemeine Finanzwirtschaft</i>	<i>3</i>
<i>III. Personal- und Versorgungsaufwendungen (Deckungsring Personal)</i>	<i>4</i>
<i>IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen</i>	<i>4</i>
<i>V. HSK-Controlling zum 31.03.2025 (Anlage)</i>	<i>7</i>
<i>VI. Verschuldung</i>	<i>8</i>
<i>Anlage</i>	



I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche

Prognosen zum 31.03. erweisen sich meist nur bedingt substanziell, da zu diesem Zeitpunkt zum einen noch die vorläufige Haushaltsführung galt und damit viele Aufgaben und Projekte in die zweite Jahreshälfte verlagert wurden. Zum anderen ist eine Jahreshochrechnung aufgrund der noch nicht ausreichend vorhandenen Ist-Zahlen nur eingeschränkt möglich.

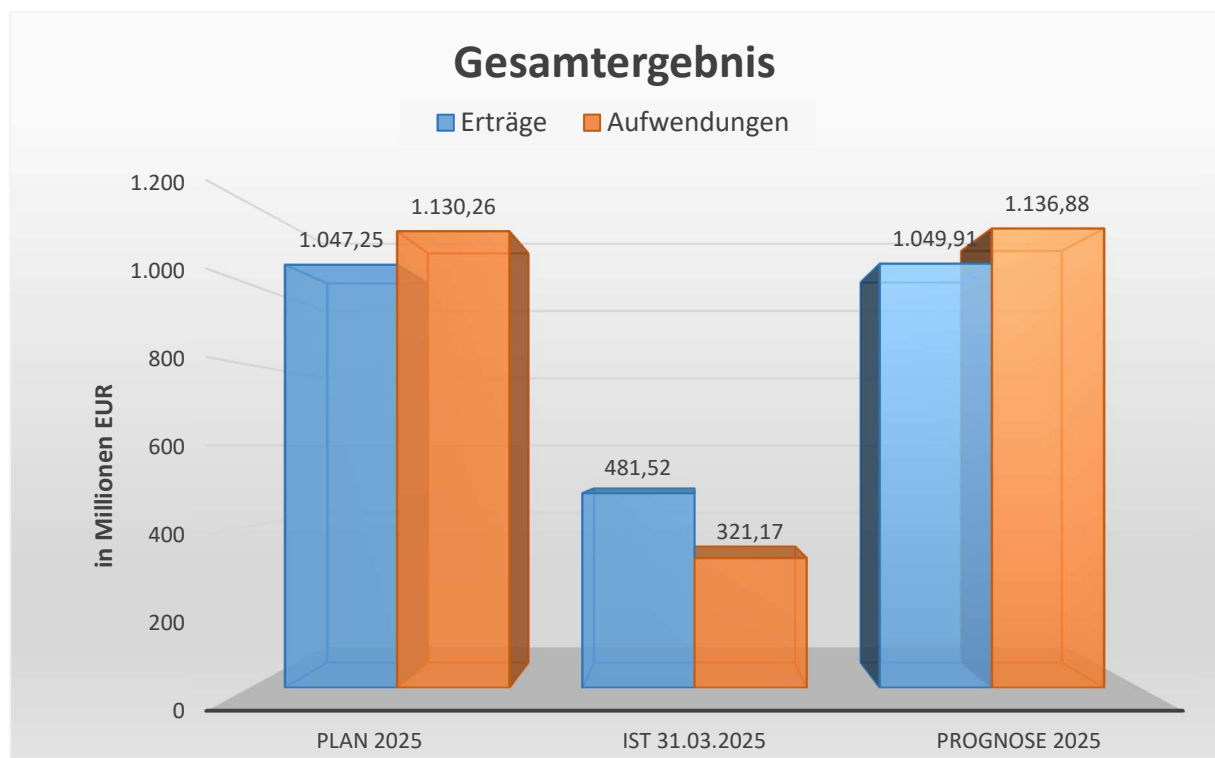
Die vorläufigen Prognosen für das erste Quartal 2025 zeigen einen negativen Trend. Die zu erwartende geringfügige Verschlechterung zur Haushaltsplanung beträgt ca. 3,9 Mio. EUR. Die wesentlichen negativen Abweichungen bei den Erträgen sind die geringeren Einnahmen der Vergnügungssteuer und die Mindereinnahmen durch die Übertragung von Mietobjekten an die TZU GmbH.

Weitere Verschlechterungen sind die Mehraufwendungen beim Deckungsring Bildungs- und Teilhabepaket aufgrund der Wohngeldreform, beim Deckungsring Mieten durch verschiedene Neuanmietungen, beim Deckungsring Personal und im Bereich IT.

Verbesserungen werden im Bereich der Beteiligungen durch Verrechnung des Zuschusses an die STOAG GmbH, bei bilanziellen Abschreibungen und im Deckungsring Soziales bei Leistungen der Pflegehilfe erwartet.

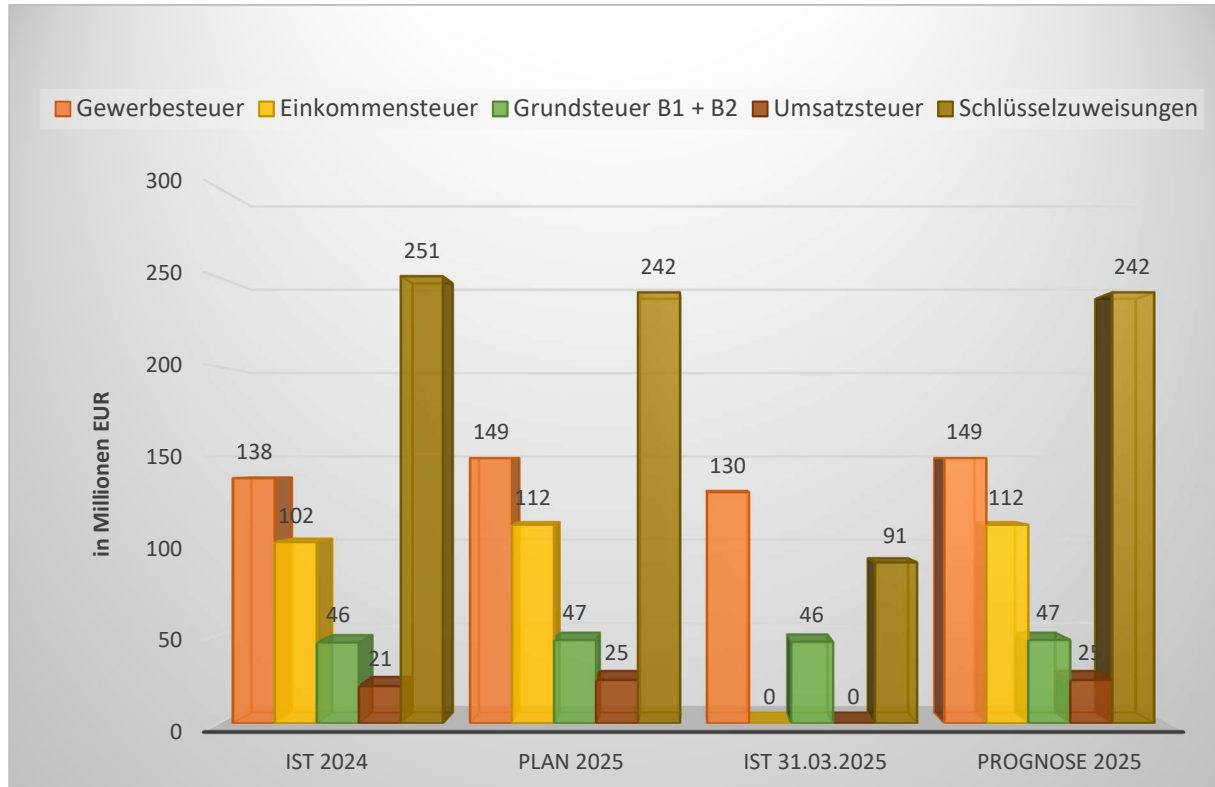
Derzeit kann nicht eingeschätzt werden, ob die Summe des geplanten globalen Minderaufwandes erreicht werden kann. Sollte dies der Fall sein, würde sich der Haushalt um zusätzliche 22,2 Mio. EUR verschlechtern.

Im Rahmen der nächsten Quartalsberichterstattung zum 30.06.2025 kann es zu etwaigen Verschiebungen kommen.





II. Allgemeine Finanzwirtschaft



Im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft werden die wesentlichen Einnahmequellen der Stadt Oberhausen geplant und bewirtschaftet. Mehr als die Hälfte aller Erträge machen dabei Gewerbe-, Einkommen-, Grund- und Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen vom Land aus.

Die Erträge der Gewerbesteuer unterliegen laufenden Schwankungen. Zum Stand 31.03.2025 erreichten die Erträge einen Wert in Höhe von rund 129,9 Mio. EUR. Der Fachbereich Steuern geht davon aus, dass zum Ende des Jahres das geplante Volumen in Höhe von 149,0 Mio. EUR erreicht wird.

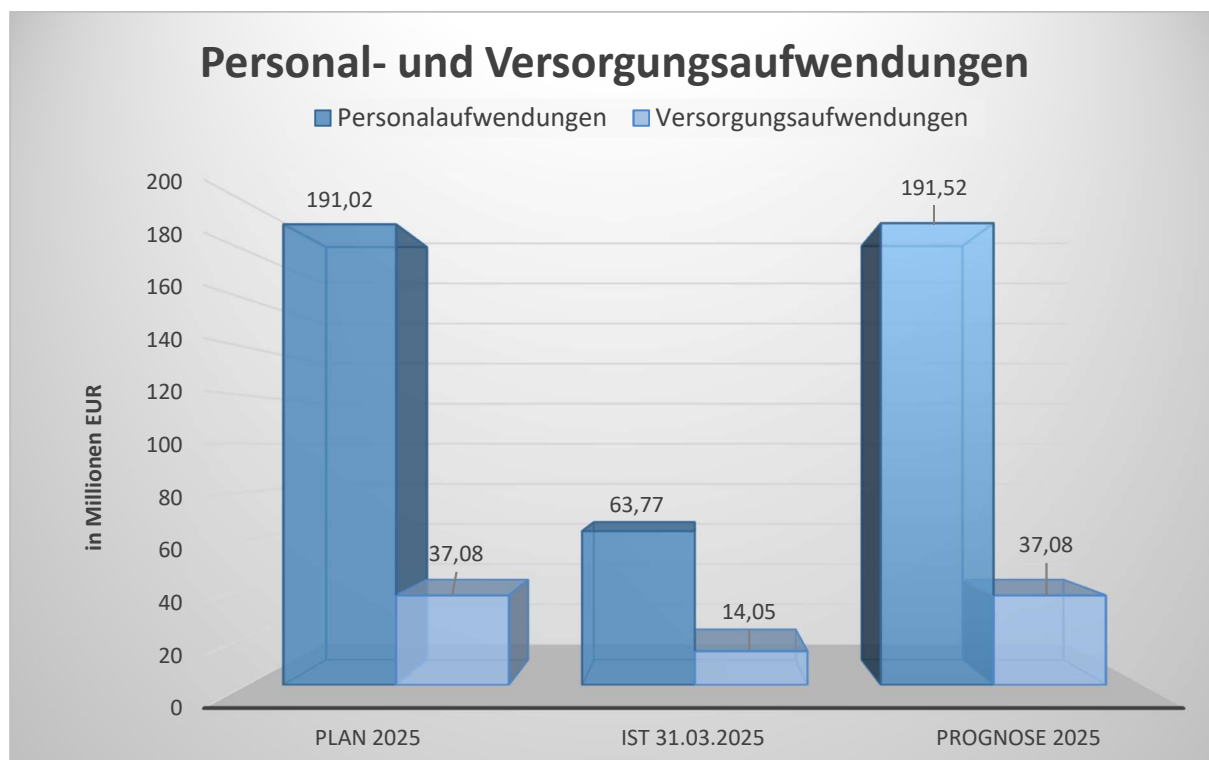
Reduktion der Geldspielgeräte in Spielhallen und an sonstigen Aufstellorten wegen den ordnungspolitischen Auswirkungen des Glücksspielstaatvertrages und der Glücksspielverordnung NRW führen weiterhin zu Mindereinnahmen bei der Vergnügungssteuer. Folglich werden für dieses Jahr Mindererträge in Höhe von 1,4 Mio. EUR erwartet.

Bei der Landschaftsumlage wird ein Mehraufwand in Höhe von ca. 3,8 Mio. EUR prognostiziert. Ein Bescheid des LVR - Landschaftsverband Rheinland steht noch aus.



III. Personal- und Versorgungsaufwendungen (Deckungsring Personal)

Die laufenden Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Deckungsring Personal dargestellt. Sie nehmen einen Anteil in Höhe von rund 20% der städtischen Gesamtaufwendungen ein. Zum Stand 31.03.2025 betrugen die Aufwendungen rund 77,8 Mio. EUR. Der Bereich 4-1/Personal und Organisation prognostiziert einen Mehrbedarf bei den Personalaufwendungen für das Jahr 2025 in Höhe von ca. 0,5 Mio. EUR.



IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen

Nachfolgend werden die wesentlichen Abweichungen, sofern vorhanden, auf der Ertrags- bzw. Aufwandsseite produktbereichsbezogen dargestellt. Eine Anpassung erfolgt im Rahmen der nächsten Quartalsberichterstattung zum 30.06.2025.

Produktbereich 01 – Innere Verwaltung:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,4 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag Zuweisungen vom Bund Breitbandausbau 5. Call gemäß Fortschritt	- 0,8 Mio. EUR	
Minderertrag Verwaltungsgebühren Personalwirtschaft	- 0,1 Mio. EUR	



Minderertrag Zuweisungen vom Bund für das Modellprojekt Smart Cities	- 0,2 Mio. EUR	
Minderertrag Zuweisungen vom Bund für die Sanierung „Burg Vondern“ durch Verschiebung ins Folgejahr	- 0,3 Mio. EUR	
Mindertrag aus Mieten und Pachten aufgrund der Übertragung von Mietobjekten an TZU	- 1,0 Mio. EUR	
Mehrertrag Auflösung Rückstellung Rechtsangelegenheiten		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand Breitbandausbau 5. Call gemäß Fortschritt		1,7 Mio. EUR
Minderaufwand S/4 HANA durch verspäteten Start bzw. Verschiebung des Projektes in Folgejahre		0,3 Mio. EUR
Minderaufwand bei bilanziellen Abschreibungen abzgl. Minderertrag Sonderposten		2,0 Mio. EUR
Mehraufwand IT Aktenscan Dienstleistung	- 0,5 Mio. EUR	
Deckungsring Mieten: Mehraufwand durch verschiedene Neuanmietungen	- 0,8 Mio. EUR	
Summe	- 3,7 Mio. EUR	4,1 Mio. EUR

Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,2 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag Krankentransportgebühren durch die Abarbeitung von Rückständen		0,3 Mio. EUR
Mehraufwand WBO für Kirmes und Karneval	- 0,1 Mio. EUR	
Summe	- 0,1 Mio. EUR	0,3 Mio. EUR

Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,2 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag Kunstmuseum durch Zuschuss für UDO, bei Eintrittsgeldern und Verkäufen		0,3 Mio. EUR
Mehraufwand Kunstmuseum	- 0,1 Mio. EUR	
Summe	- 0,1 Mio. EUR	0,3 Mio. EUR

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen:

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 1,2 Mio. EUR



Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag Erstattungen der Unterhaltsansprüche	- 0,9 Mio. EUR	
Minderertrag Hilfe f. Asylbewerber/innen durch Rückzahlungen gewährter Hilfen	- 0,1 Mio. EUR	
Mehrertrag aus Rückzahlungen von darlehensweise gewährten Leistungen		0,1 Mio. EUR
Mehrertrag Zuweisungen vom Land für Alten- und Blindenhilfe		0,1 Mio. EUR
Deckungsring Soziales: Minderaufwand Transferleistungen Pflegehilfe		0,3 Mio. EUR
Deckungsring Bildungs- und Teilhabepaket: Mehraufwand durch steigende Empfängerzahlen aufgrund der Wohngeldreform	- 0,7 Mio. EUR	
Summe	- 1,7 Mio. EUR	0,5 Mio. EUR

Produktbereich 06 - Kinder- Jugend- und Familienhilfe:

Gesamtverschlechterung in Höhe von rund 0,4 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag Erstattungen vom Land bei Amtsvormundschaften UVG- Leistungen	- 1,0 Mio. EUR	
Deckungsring Jugend: Minderaufwand Amtsvormundschaften		0,6 Mio. EUR
Summe	- 1,0 Mio. EUR	0,6 Mio. EUR

Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 0,2 Mio. EUR

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag Zuweisungen vom Land ÖPNV Neubau und Unterhaltung	- 0,2 Mio. EUR	
Mehrertrag durch Personalkostenerstattung für Fördermaßnahmen Gemeindestraßen		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand ÖPNV Neubau und Unterhaltung u. a. durch Verschiebung der Maßnahme		0,3 Mio. EUR
Summe	- 0,2 Mio. EUR	0,4 Mio. EUR

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus:

Gesamtverbesserung in Höhe von rund 1,9 Mio. EUR



Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Minderertrag Konzessionsabgaben evo AG	- 0,6 Mio. EUR	
Minderertrag der Gewinnanteile GEO-Grundstücksentwicklungsgesellschaft	- 0,3 Mio. EUR	
Mehrertrag Konzessionsabgaben RWW GmbH		0,4 Mio. EUR
Mehrertrag Rückzahlungen STOAG GmbH Restdefizit aus 2024		4,5 Mio. EUR
Mehraufwand Zuschuss STOAG GmbH abzgl. Inanspruchnahme Rückstellung	- 2,5 Mio. EUR	
Minderertrag der Gewinnanteile TZU GmbH	- 0,8 Mio. EUR	
Minderaufwand durch geringere Steuern aus Gewinnausschüttung TZU GmbH		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand SBO Servicebetriebe OB: voraussichtliche Zuschussskürzung		1,1 Mio. EUR
Summe	- 4,2 Mio. EUR	6,1 Mio. EUR

V. HSK-Controlling zum 31.03.2025

Der Rat der Stadt hat am 16.12.2024 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2025 ff. beschlossen. Die Auswirkungen auf den Haushalt 2025 und die mittelfristige Finanzplanung 2026 - 2028 wurden in den Haushaltsplan 2025 aufgenommen.

Zum 31.03.2025 haben die zuständigen Bereiche und Fachbereiche ihre Einschätzungen zur Einhaltung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen abgegeben (s. Anlage).

Insgesamt betrug das vom Rat der Stadt beschlossene Konsolidierungsziel aus den Einzelmaßnahmen für 2025 rund 29,9 Mio. EUR. Gemäß aktueller Prognose wird diese Summe bis zum Jahresende voraussichtlich um 1,06 Mio. EUR verfehlt werden. Detaillierte Prognosen und Erläuterungen können der Anlage entnommen werden.

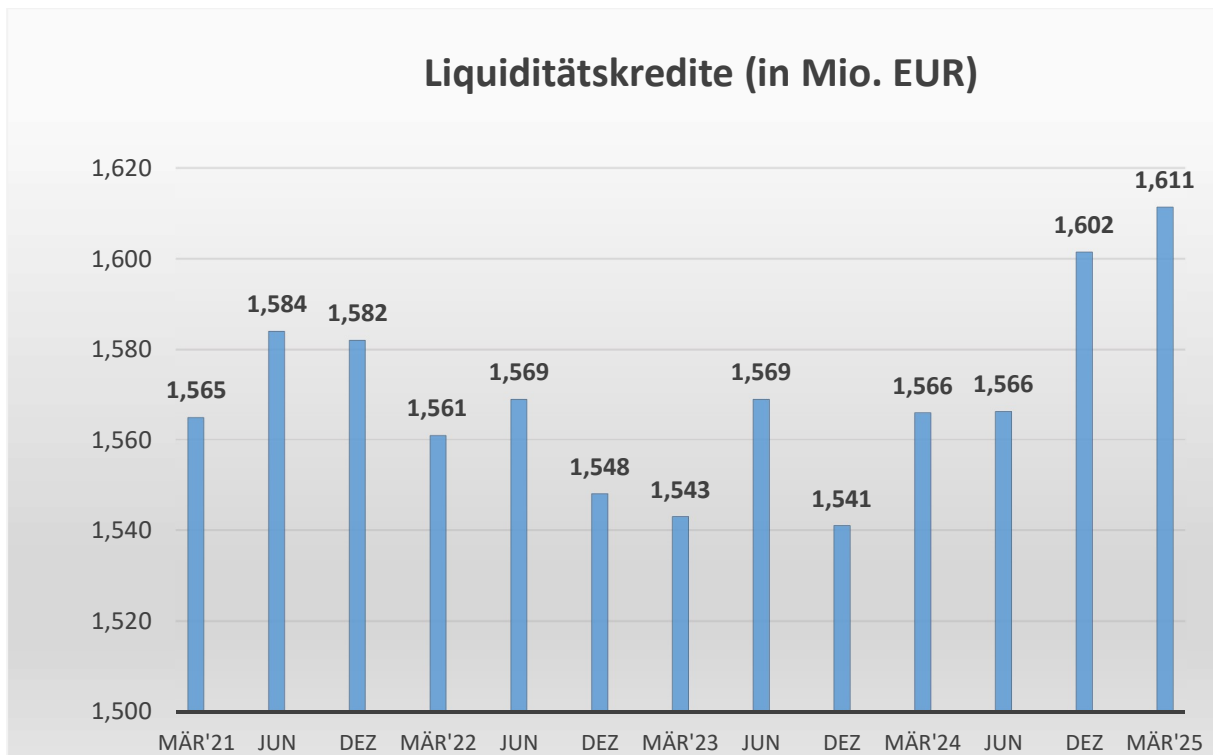


VI. Verschuldung

Nachfolgend wird die Entwicklung der Verschuldung der Stadt Oberhausen durch Liquiditäts- und Investitionskredite dargestellt.

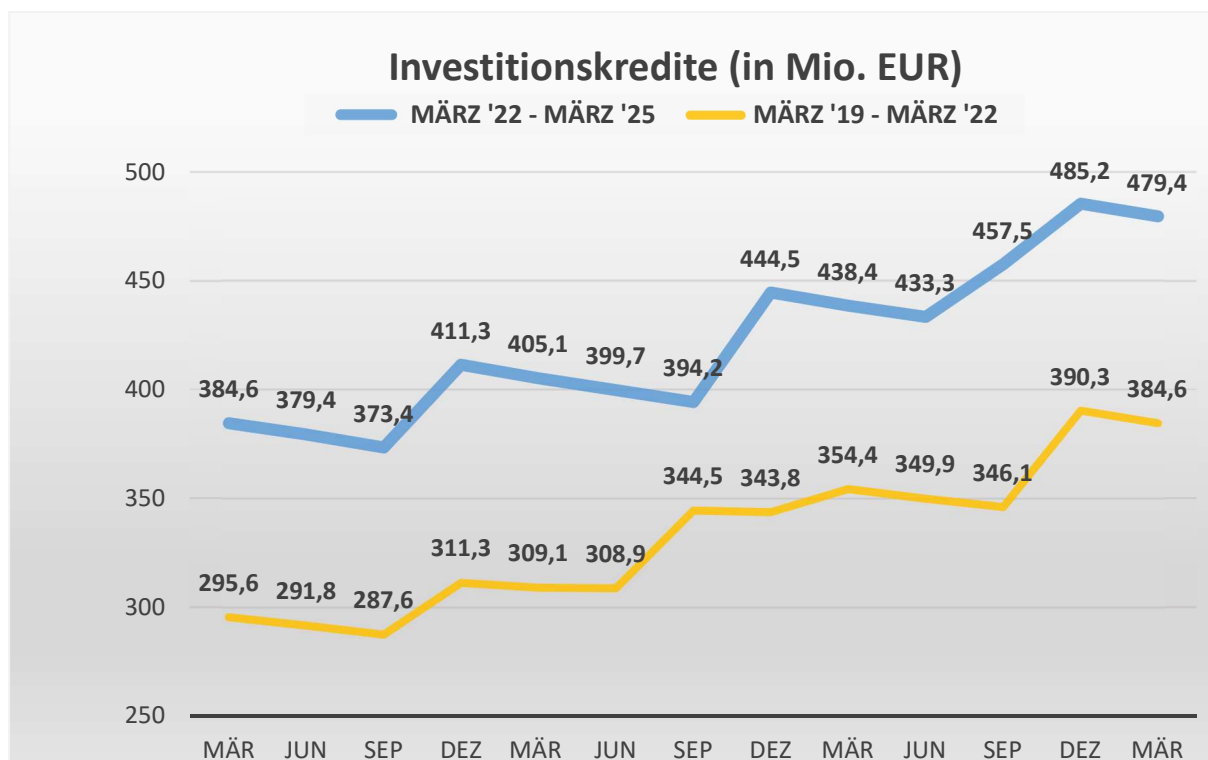
Liquiditätskredite

Zum 31.03.2025 belaufen sich die Liquiditätskredite auf rund 1,611 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (31.03.2024) bedeutet das einen Zuwachs in Höhe von rund 45,0 Mio. EUR.



Investitionskredite

Die Höhe der Investitionskredite zum 31.03.2025 beläuft sich auf rund 479,4 Mio. EUR und liegt damit rund 41,0 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (438,4 Mio. EUR).



Anlage

Haushaltssicherungskonzept 2025 / Einzelmaßnahmen (Stand 31.03.2025)

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		In Umsetzung	In Teilumsetzung	keine Umsetzung	Bemerkungen	Erläuterungen
				2025	Jahresprognose zum Stand 31.03.					
1	0	0-1	Einsparungen der Gesamtaufwendungen für Rats-, Fraktions- und Ausschusssitzungen um 5% a) Reduzierung von Sitzungsgeldern / Fraktionszuwendungen b) Einsparung von Sitzungsgeldern durch Reduzierung von Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen c) Zusammenlegung von Ausschüssen d) Kürzung Fraktionszuwendungen	0,0	0,0					
2	0	9-5	a) Überprüfung des Leistungsvertrages zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH und der damit zusammenhängenden sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen	500,0	500,0					Grundsätzlich ist vorgesehen, dass dieser Konsolidierungsbetrag durch Kürzungen von Leistungen im Leistungsvertrag der Stadt Oberhausen mit der WBO erbracht wird. Dies wird im Haushaltsjahr 2025 voraussichtlich durch eine im Vergleich zur Planung erhöhte Ausschüttung der WBO an die STOAG erreicht.
			b) Kürzung des Zuschusses an die STOAG GmbH (u.a. aufgrund erhöhter Beteiligungserträge von WBO GmbH, GMVA und evo AG)	5.920,0	5.920,0				Im HSK 2024 teilte sich dieser Konsolidierungsbetrag auf die Maßnahmen Nr. 2b und 2i auf. Dieser wurde hier unter Nr. 2b zusammengefasst.	Die Prognose der STOAG liegt deutlich über dem geplanten Finanzierungsbeitrag der Stadt. Eine HSK-Zielerreichung wäre damit nur gewährleistet, wenn die im Jahresabschluss 2024 gebildete Risikorückstellung vollständig in Anspruch genommen wird. In den zurückliegenden Jahren lag das letztliche Rechnungsergebnis der STOAG aber stets deutlich unterhalb der abgegebenen Prognosen. Die konkrete Entwicklung ist zum 30.06. neu zu bewerten.
			c) Reduzierung des Zuschusses an die LAH GmbH	200,0	200,0					
			d) Gewinnausschüttung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	50,0	50,0					
			e) Kürzung des Zuschusses an das Theater Oberhausen	300,0	300,0					
			f) Gewinnausschüttung der Stadtparkasse Oberhausen (netto)	2.500,0	2.500,0					
			g) Gewinnausschüttung des neuen Immobilienkonzerns	250,0	250,0					In 2025 keine Ausschüttung des Konzerns, stattdessen voraussichtlich weitere Zuschusskürzung bei der SBO geplant, da ab 2024 die Erstattung von Personalaufwendungen der SBO durch den Immobilienkonzern in Höhe von ca. 1,2 Mio. € erfolgt (früher nur ca. 80 T€).
			h) Kürzung des Zuschusses an die OWT GmbH	120,0	120,0					
3	1	1-1	a) Vergnügungssteuer: Hebesatzerhöhung von 22 auf 24 v. H.	530,0	530,0				Satzung seit 01.06.24 in Kraft.	Die Maßnahme wurde umgesetzt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Erträge aus der sonstigen Vergnügungssteuer aufgrund einer sinkenden Anzahl an Automatenaufstellern im Stadtgebiet rückläufig ist.
			b) - Erhöhung der Steuer von 156 auf 168 EUR/Hund sowie auf 288 EUR bei zwei und mehr Hunden - Einführung eines Steuersatzes in Höhe von 850 EUR/Hund für "Gefährliche Hunde" (§3LHundG) und "Hunde bestimmter Rassen" (§10LHundG)	400,0	400,0				Inkrafttreten der neuen Satzung zum 01.12.24 oder 01.01.25 geplant.	
			c) Einführung der Grundsteuer C ab 2025	0,0					Verschiebung der Maßnahme auf 2027, Kompensation in 2025/2026 über eine Erhöhung der Maßnahme Nr. 9.	
			d) Einführung der Verpackungssteuer ab 2026	0,0						

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

lfd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	keine Umsetzung	Bemerkungen	Erläuterungen
				2025	Jahresprognose zum Stand 31.03.				
4	1	1-1	Neuorganisation von Arbeitsabläufen und Geschäftsprozessen	50,0	50,0				
5	1	1-1	Verwaltungsweite Reduzierung der Beschaffungen um 5%	400,0	400,0				
6	1	0-3 0-6 0-8	Erhöhung von Eintrittspreisen und Teilnehmergebühren in diversen städtischen kulturellen Einrichtungen	50,0	47,5			durch die Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek sollen Mehreinnahmen in Höhe von 27.500,00 EUR Ansprechpartner ist hierbei Frau Bengel	Bereich 0-8/Kunst: Kassenmäßige Auswirkung ab 2025: 20.000 €
7	2	3-2	Asyl-Unterbringungskonzept (§ 104c AufenthG) - durch strukturelle Maßnahmen eine gesteigerte Versorgung Geflohener in privatem Wohnraum erzielen - die geflüchteten Menschen vorrangig in Regel- statt in Notunterkünften unterbringen - Etablierung von Regelstandorten und somit Aufgabe von Gemeinschaftsunterkünften - § 104c AufenthG nutzen (Erlangung Aufenthaltstitel), um Ausstieg aus dem AsylbLG zu ermöglichen	2.260,0	2.260,0				
8	2	3-5	Reduzierung der Kosten der Unterkunft (KdU) durch weniger Bedarfsgemeinschaften	1.450,0	1.100,0				Prognostizierte Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften durch erhöhte Aufnahmefähigkeit des Marktes um 1,3 %. Die Entwicklung der Mietkosten und die Erhöhung der Mietobergrenze könnten jedoch die Kosteneinsparung beeinflussen.
9	2	4-6	Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Anschaffung zusätzlicher Überwachungstechnik etc.	4.500,0	4.500,0			Erhöhung der bestehenden HSK-Maßnahme.	
10	3	2-6	Optimierung der Abläufe innerhalb des Sachgebiets Querschnittsaufgaben	10,0	10,0				
11	3	3-1	Reduzierung der ordentlichen Aufwendungen (insbesondere Transferaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen) im Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe durch Beauftragung einer externen Beratung um den Fehlbetrag je Einwohner von 0 bis 21 Jahre zu reduzieren. Gleichzeitig soll durch personalwirtschaftliche Maßnahmen der Abruf von Erträgen bei Dritten (auch für die Vergangenheit) erhöht und aufgeholt werden.	3.000,0	3.000,0			Zum aktuellen Zeitpunkt ist keine gesicherte Abweichung vom HSK Ziel festzustellen.	
12	3	3-3	Reduzierung der Aufwendungen für Einzelbeförderungen/Gruppenbeförderungen um 3 %.	70,0	70,0				

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	keine Umsetzung	Bemerkungen	Erläuterungen
				2025	Jahresprognose zum Stand 31.03.				
13	4	SBO	a) Anpassung der Friedhofsgebühren (ggf. durch Berücksichtigung des grünpolitischen Wertes, Erhöhung des Kostendeckungsgrades, Überarbeitung des Friedhofskonzeptes, Aufgabe von Flächen durch vermehrte Urnenbestattungen etc.)	300,0	300,0			Friedhofsentwicklungsplanung (FEP), Friedhofssatzung und Neukalkulation der Friedhofsgebühren wurden in 2024 vom Rat der Stadt beschlossen und ab 01.01.2025 umgesetzt.	
			b) Kürzung des Pauschalzuschusses an die SBO durch Reduzierung bzw. Zusammenfassung von Dienstleistungen	2.000,0	2.000,0				
			c) Anhebung von Mieten und Pachten	250,0	250,0				Eine Umsetzung im Bereich des bebauten Grundbesitzes ist aufgrund des Immobilienkonzeptes (Übertragung von Mietobjekten an TZU) nicht möglich. Beim unbebauten Grundbesitz ergeben sich in den Jahren 2025 und 2026 Mehreinnahmen durch zugesagte Zahlungen der Deutschen Bahn für die Inanspruchnahme städt. Grundstücke für Baustelleneinrichtungsflächen. Durch diese Einnahmen kann das Konsolidierungsziel voraussichtlich erreicht werden.
14	4	4-1 SBO	Kosteneinsparungen durch Standortkonzentration bzw. Erstellung eines neuen Raumkonzepts	100,0	0,0				Konzepterstellung erfolgt aktuell mit Partnerschaften Deutschland. Aktuell (04/25) werden gebäuderelevante Daten erhoben. Ergebnisse werden für das 4. Quartal 25 erwartet.
15	4	2-4	Überwachung des ruhenden Verkehrs (Bußgelder)	250,0	250,0				
16	4	4-1	Anpassung und Überprüfung der bestehenden Verwaltungsgebührenordnungen (wie z. B. Anheben von einzelnen Gebühren, Stückkosten etc.)	100,0	-			Das RE wird in der Fachverwaltung bei den entsprechenden Produkten erwartet.	Aufgrund neuer Erkenntnisse hat die Verwaltung eine erneute Anpassung der Verwaltungsgebührensatzung vorgeschlagen (V/17/6279). Der Oberbürgermeister hat dem Vorschlag zugestimmt. Die fachliche Prüfung wurde eingeleitet. Eine Prognose zu den Mehreinnahmen kann erst zum späteren Zeitpunkt beziffert werden.
17	4	4-1	Reduzierung der Personalaufwendungen (z. B. durch Streichung von geplanten Stellenneueinrichtungen ohne Refinanzierung, Erhöhung des Konsolidierungsbetrages)	2.500,0	2.000,0				Personalaufwendungen für Stellen ohne Refinanzierung wurden bei der Haushaltsplanung vom Kämmerer gestrichen. Der Konsolidierungsbetrag wurde somit bereits für den HH 2024 umgesetzt. Derzeit ist davon auszugehen, dass für die Tarifbeschäftigten ab dem 01.04.2025 eine Tarifierhöhung von 3,0 % zu zahlen ist. Die Beschäftigten, die nach dem TVV eingruppiert sind, sollen eine Tarifierhöhung von 5,1 % ab dem 01.06.2025 erhalten. Im Gesamtergebnis ist davon auszugehen, dass hier ein Bedarf von ca. 500.000 EUR zu erwarten ist. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.
18	4	4-4	Verwaltungsdigitalisierung, z. B. durch: a) Einsparung von Porto- und Papieraufwendungen durch die Erweiterung/Einführung digitaler Medien (bspw. Elektronische Signatur, Gehaltsmitteilungen per Email usw.), weitestgehender Verzicht auf Papier b) Reduzierung verwaltungsweiter IT-Kosten (anstatt PC und Laptop, nur noch Anschaffung eines Laptop, Vermeidung von doppelten Kosten u. a. für Lizenzen etc.) für Homeoffice, Teleheimarbeit, mobiles Arbeiten u.ä. c) Digitalisierung des Hausaktenarchives im Bauordnungsbereich	350,0	350,0				Einsparungseffekte sind in Fachbereichen zu heben und resultieren nicht aus einer Verringerung der IT-Kosten. Digitalisierungsprojekte sind nachfolgend aufgeführt: Realisierte Reduzierungen von laufenden Kosten für papiergebundene Prozessabläufe: - 11.000 € Allris - digitale Gremienunterlagen - 4.000€ beim digitalen Rechnungseingang in der IT (1/3 der Gesamtkosten) Weitere noch durch Fachbereiche zu benennende Optimierungen abgeschlossener Digitalisierungsmaßnahmen: - Sportstättenverwaltung - Dragondictate - Mobile Datenerfassung - SAP Krankmeldungen - Eingabe durch Assistenzen in den Bereichen - Einstellungstest der Azubis + zzgl. 0,25 VZÄ für die manuelle Auswertung des Test - Ablösung Vollkomm (Potential 1 VZÄ) - Jugis Ablösung (Potential 0,75 VZÄ) Laufende Maßnahmen: - Scandienstleistungen des Altlastenkatasters (Potential durch freiwerdende Räume) - Dokumentenprüfstation Ausländerwesen (Potential TBD) - Einführung e-Akte und e-Rechnung (Potential TBD) - 8.000€ Einsparung durch entfallene Miet- und Druckkosten

Haushaltssicherungskonzept 2025 ff.

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	keine Umsetzung	Bemerkungen	Erläuterungen
				2025	Jahresprognose zum Stand 31.03.				
19	4	alle SBO	Energiesparmaßnahmen in der Gesamtverwaltung, z. B. durch die Fortsetzung der Umrüstung auf LED-Lampen, erweiterte Nachtlichtabschaltung überall da wo es möglich ist, Energieeinsparung bei Beleuchtungen über Bewegungsmelder in allen öffentlichen Gebäuden, LED-Straßenbeleuchtung, Überprüfung des Stromlieferungsvertrages uvm.	1.500,0	1.500,0				
			Initiierung eines Energiesparprojektes an Schulen zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern im bewussten Umgang mit Ressourcen					Antrag der CDU-Fraktion A/17/6151	
20	5	5-6	Einführung einer E-Scooter-Abgabe von je 3 EUR/Monat je Scooter	30,0	20,0				Erhebung der Gebühren bzw. die technische Umsetzung mit Smart-City ist noch in der Klärung. Daher keine Erhebung für das gesamte Jahr 2025 möglich.

Summe	29.940,0	28.877,5
--------------	-----------------	-----------------